

Geschichte der SVEB 1951 bis 1991: Von der Vision einer kulturellen Erwachsenenbildung zur repräsentativen Vertretung des gesamten Bereichs

CARL ROHRER

Der Schweizerische Verband für Weiterbildung SVEB wurde 1951 als «Schweizerische Vereinigung für Erwachsenenbildung» in Zürich gegründet. Erst 2001 wurden die Begriffe «Vereinigung» und «Erwachsenenbildung» mit «Verband» und «Weiterbildung» ersetzt, weshalb im vorliegenden Beitrag die weibliche Form verwendet wird. Der vom langjährigen SVEB-Mitarbeiter Carl Rohrer verfasste Beitrag zu den ersten vierzig Jahren der SVEB zeigt, dass viele heutige Kernthemen wie das bildungspolitische Engagement und die Professionalisierung bereits seit ihren Anfängen relevant waren. Zunächst beschränkten sich die Aktivitäten der SVEB auf die kulturelle Erwachsenenbildung. Erst Ende der 1980er-Jahre fand eine Öffnung der Mitgliederbasis für berufliche Weiterbildungsanbieter statt. Die 1991 verabschiedete Entwicklungsplanung führte zu einer umfassenden Reorganisation der SVEB und legte schliesslich das Fundament für eine repräsentative Vertretung des gesamten Weiterbildungsbereichs.

SVEB (Hrsg.): Education Permanente EP 2022-2, Schweizerische Fachzeitschrift für Weiterbildung, www.ep-web.ch



Dieser Beitrag befasst sich mit der Geschichte der ersten vierzig Jahre der SVEB aus der Perspektive des langjährigen SVEB-Mitarbeiters Carl Rohrer. 1951 in Zürich gegründet, verstand sich die SVEB in ihren Anfangsjahren als Interessenvertretung von Non-Profit-Organisationen der Erwachsenenbildung. Entsprechend wurde das Mitgliederprofil zunächst stark eingeschränkt. Mit der Eröffnung der Geschäftsstelle 1966 unter dem ersten Geschäftsleiter Hans-Ulrich Amberg intensivierten sich die Verbandsaktivitäten. Das bildungspolitische Engagement konzentrierte sich zunächst stark auf die «kulturelle» Erwachsenenbildung. Daneben baute die SVEB unter anderem ein Kursangebot für Erwachsenenbilder/innen auf und machte mit Publikationen und Veranstaltungen auf das Thema aufmerksam. Im Verlaufe der 1980er-Jahre stieg dann das Bewusstsein dafür, dass für eine repräsentative Vertretung der gesamten Erwachsenenbildung die Mitgliederbasis auf berufliche Organisationen ausgeweitet werden musste. Zudem galt es, die Sektion der Romandie stärker in die Gesamtorganisation einzubinden. Mit der 1991 verabschiedeten Entwicklungsplanung wurde schliesslich die Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich die SVEB in den 1990er-Jahren als repräsentative Vertretung der gesamtschweizerischen Erwachsenenbildung positionieren konnte.

Gründung der SVEB 1951

Die Schweizerische Vereinigung für Erwachsenenbildung (SVEB) wurde am 31. März 1951 an einer Sitzung im Restaurant Strauhof in Zürich gegründet. Formell als Dachverband, d.h. Verein von Vereinen und Stiftungen, de facto aber – wie die Bezeichnung «Vereinigung» andeutet – als Zusammenschluss von Leitgestalten der Erwachsenenbildung wie Fritz Wartenweiler, Hermann Weilenmann und Hans Neumann. Auch Charles-Henri Barbier vom Genossenschaftlichen Seminar von Coop Schweiz und Gottlieb Duttweiler, Initiator der Migros-Klubschulen, nahmen an der Gründungsversammlung teil.¹ Die Gründung der SVEB geschah vor dem Hintergrund, dass die Zeit um 1950 für die traditionellen Strömungen der Erwachsenenbildung einen Umbruch bedeutete, der mehr Züge einer Krise als eines Aufbruchs an sich hatte. Die Versammelten hatten eher eine Schwäche als eine Stärke gemeinsam: Ihre in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfolgten Ziele, die Erwachsenenbildung im Volk breit zu verankern und insbesondere auch weniger privilegierte Menschen zu erreichen, hatten sie nicht wirklich umzusetzen vermocht.

So war beispielsweise Fritz Wartenweilers Projekt, in der Schweiz analog zu Dänemark eine breite Volksbewegung für nicht akademische, nichtstaatliche, nichtschulische, aber

¹ Duttweiler liess sich nach der Gründungsveranstaltung jeweils vertreten.

auch nicht eng kirchliche Bildung auszulösen, an den gesellschaftlichen Bedingungen gescheitert.

Dort, wo die Erwachsenenbildung ein bescheidenes Wachstum erreichen konnte, hatten deren Vertreter² ihre ursprünglichen Ziele angepasst, sei es durch Funktionalisierung wie bei den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und beim Genossenschaftlichen Seminar, sei es durch Veränderung der Zielgruppe wie bei den Volkshochschulen. Die nach 1945 durch mehr Freizeit und Öffnung der Grenzen gesteigerte Lernmotivation – auch bei einem Teil der ursprünglichen Zielgruppen – schöpfe aber eine neue Angebotsformel ab: die der Migros-Klusenschulen.

Vision einer kulturellen Erwachsenenbildung

Die mit der Gründung der SVEB verbundene Vision bezog sich auf eine Erwachsenenbildung, die aus den Non-Profit-Organisationen der Zivilgesellschaft herauswachsen würde: aus kirchlichen Gruppierungen, Gewerkschaften, vereinsmäßig oder als Stiftungen konstituierten Volkshochschulen oder Vereinen mit anderem Hauptzweck (Quelle: Erwachsenenbildung in der Schweiz, 1955, vgl. QR-Code am Schluss). Diese Vision leitete die Arbeit der SVEB in den 1950er- bis 70er-Jahren. Die ideell begründeten Non-Profit-Einrichtungen der Genossenschaften Coop und Migros, die profitable Handels- und Produktionsbetriebe führten, wurden eher aus Opportunismus willkommen geheissen, denn sie brachten als einzige Mitglieder grössere finanzielle und personelle Ressourcen in die SVEB ein. Aber im Grunde entsprachen sie mit ihren zwar genossenschaftlich konstituierten, aber weitherum doch als kommerziell wahrgenommenen Mutterinstitutionen, die ihnen Kursräume zur Verfügung stellten, und mit ihrem bezahlten leitenden und administrativen Personal nicht dem Idealbild der auf ehrenamtlicher Arbeit beruhenden kulturellen Erwachsenenbildung. Die SVEB-Gründer grenzten das Mitglieder-Profil und damit ihre Vision von Erwachsenenbildung nach zwei Seiten ab: Man wollte weder eine zweite staatliche Schulbürokratie noch teure Kurse von gewinnbringenden Privatinstituten als Haupttypus der Erwachsenenbildung. Weder abschreckende Reglementierung noch Einschränkung auf profitable Fächer waren erwünscht. Nützliche Inhalte wie Sprachen und Betriebswirtschaft sollte es natürlich geben, aber immer in Verbindung mit den humanitären und gesellschaftspolitischen Visionen der Anbietermilieus. Und da all dies im öffentlichen Interesse war, sollte der Staat denjenigen Teil der Finanzierung übernehmen, den die Non-Profit-Organisationen nicht mit Teilnahmegebühren decken konnten. Dies war eine Komponente des in der Zeit des Kalten Kriegs und der sozialen Marktwirtschaft geltenden gemässigten Umverteilungs-

² Sofern nicht anders angegeben, wird in diesem Text das Maskulinum generisch verwendet und bezieht sich daher auf alle Geschlechter.

modells christlich-demokratischer und sozialdemokratischer Prägung. Entsprechend profilierte sich die SVEB, schon bevor sie 1966 eine vollamtlich besetzte Geschäftsstelle erhielt, mit Forderungen nach Bundesbeiträgen. Um die potenziellen Empfänger vertreten zu können, wurden recht restriktive Kriterien für eine Mitgliedschaft bei der SVEB eingeführt. Diese Kriterien entsprachen ziemlich genau den Beitragskriterien der Stiftung Pro Helvetia, die auf Bundesebene in erster Linie als Quelle von Beiträgen an die nicht berufliche Erwachsenenbildung in Frage kam. Statutarisch von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen wurden:

- staatliche Einrichtungen,
- andere Einrichtungen ohne eigene Rechtsträgerschaft,
- kommerziell betriebene Institute, lokal oder bloss kantonsweit operierende Träger,
- Institutionen, bei denen Erwachsenenbildung nicht eine Hauptaufgabe war.

Finanzierung als Hürde

Bei der Realisierung dieser Vision gab es jedoch Hindernisse. Bei den Politikern war das Bedürfnis nach Kontrolle stärker als die Freude an einem bunten zivilgesellschaftlichen Anbieterpluralismus, dessen Förderung womöglich noch staatliche Fachstellen bedingen würde. Wenn schon zusätzliches kantonales Geld für die Erwachsenenbildung, dies der Tenor in den grösseren Kantonen, dann lieber für die eigenen Berufsschulen und allenfalls für die mit den Universitäten personell verflochtenen Volkshochschulen. Nicht statutarisch, aber im öffentlichen Bild der SVEB kam noch eine weitere Einschränkung hinzu: die SVEB wurde aufgrund des dominierenden Mitgliedertyps und ihres bevorzugten Verkehrs mit staatlichen Kulturämtern bzw. Erziehungsdepartementen vor allem als Vertretung von nicht beruflicher, im weiteren Sinne «kultureller» Erwachsenenbildung wahrgenommen, obwohl Mitglieder wie der Schweizerische Kaufmännische Verein (beigetreten 1952) dies klar widerlegten. Es herrschte allerdings insbesondere bei den als «nicht beruflich» eingestuften Trägern grosser Handlungsbedarf hinsichtlich finanzieller Unterstützung. Ein Hauptzweck der frühen SVEB war das Einwerben von Bundesbeiträgen. Immer wieder wurden – zunächst ohne Erfolg – gemeinsame Eingaben an die Stiftung Pro Helvetia formuliert; denn es war klar, dass es um nicht berufliche Erwachsenenbildung ging und dass hierfür, mangels Bildungsstrukturen auf Bundesebene, nur die Kulturförderung zuständig sein konnte.

Neben den Klubschulen war der Schweizerische Kaufmännische Verein (SKV) nicht von diesen Finanzierungsschwierigkeiten betroffen. Die Handelschulen der KV-Sektionen waren als Anbieter, die zum Berufsbildungswesen gezählt wurden (obwohl sie teilweise ähnliche Sprachkurse anboten wie die

Volkshochschulen), aufgrund des Berufsbildungsgesetzes Beitragsempfänger des BIGA (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit). Sie waren also der Sorgen der als «nicht beruflich» eingestuften Erwachsenenbildung weitgehend enthoben.

Die doppelte Herkunft der Bundessubventionen, der Kontrast zwischen finanzieller Sicherheit auf der beruflichen und Spärlichkeit auf der kulturellen Seite, wurde in den 1960er-Jahren nie gross thematisiert. Die später zum Teil über die Kulturförderung unterstützten Träger der sogenannten «allgemeinen» Erwachsenenbildung bildeten die Mehrheit der SVEB-Mitglieder und erwarteten, dass sich die SVEB primär als Vertreterin der nicht beruflichen Erwachsenenbildung profilieren würde.

3 Mündliche Mitteilung von Eduard Ruchti, SKV.

Eröffnung der Geschäftsstelle und Beginn der Ära Amberg

Die SVEB sei nichts anderes als eine Schublade im Büro ihres Präsidenten.³ Diese Worte, welche der erste Präsident Hermann Weilenmann um 1960 einem Besucher gegenüber äusserte, zeugen davon, dass die SVEB in den ersten Jahren wenig mehr war als eine Absichtserklärung. Erst mit dem zweiten Präsidenten der SVEB ergab sich ab 1963 ein gewisser Fortschritt. Hans Dietiker, Rektor des Genossenschaftlichen Seminars von Coop Schweiz in Muttenz, stellte seinen Mitarbeiter Hans-Ulrich Amberg zeitweise für SVEB-Aufgaben frei. Anfang 1966 beschlossen der Migros-Genossenschaftsbund und der Verband schweizerischer Konsumvereine (VSK), der SVEB während drei Jahren je einen Beitrag von 35'000 Franken auszuzahlen.⁴ Die Idee war, eine vollamtlich besetzte Geschäftsstelle der SVEB zu eröffnen, deren Geschäftsführer im Mai 1966 Hans-Ulrich Amberg wurde.⁵ Nunmehr wurde der Geschäftsleiter zur bestimmenden Figur; er allein konnte sich vollzeitlich um die Aktivitäten der SVEB kümmern. Im gleichen Jahr wurde die Gründung einer «regionalen Sektion» in der Westschweiz angeregt. Am 5. November 1966 fand die konstituierende Versammlung statt, die formell die «Section romande FSEA» gründete. Der finanzielle Effort aus dem Mitgliederkreis zugunsten einer Geschäftsstelle überzeugte schliesslich auch den Bund zum Mitmachen: Ab 1967 gewährte die Stiftung Pro Helvetia regelmässig einen Beitrag an die SVEB. Aufgrund der kantonalen Hauptzuständigkeit für nicht berufliche Bildung musste die Konferenz der Kantonalen Erzie-

4 Der Migros-Genossenschaftsbund und der VSK (Vorläufer von Coop Schweiz) waren die Mutterorganisationen zweier SVEB-Mitglieder: der Klubschulen Migros und der Coop-Bildungszentren. Sie stellten in der SVEB nicht nur den Präsidenten Dietiker, Rektor des Genossenschaftlichen Seminars von Coop Schweiz in Muttenz, sondern auch den Vizepräsidenten, Paul Link, im Hauptamt Leiter der Koordinationsstelle der Klubschulen in Zürich. Link stellte dafür am Sitz seiner Büros, an der Beckenhofstrasse in Zürich, Räumlichkeiten zur Verfügung.

5 Amberg wurde an der Vorstandssitzung vom 12. Mai 1966 gewählt. Hans Dietiker, schwer erkrankt, konnte die Sitzung schon nicht mehr leiten, erfuhr aber wohl noch mit Genugtuung deren Resultat; vierzehn Tage später starb er. Sein Engagement war entscheidend gewesen für diesen Quantensprung der SVEB.

hungsdirektoren (EDK) bald gleichziehen. 1971 begann auch die EDK mit regelmässigen Beiträgen. Nach Übernahme der Geschäftsleitung initiierte Amberg zahlreiche neue Aktivitäten, welche sich auf Themen bezogen, die die Arbeit des Verbands bis heute prägen. Dazu gehört das bildungspolitische Engagement, die internationale Vernetzung, die Professionalisierung und die Arbeit als Fachverband. Im Mai 1969 bezog die SVEB eigene Räume an der oberen Oerlikonerstrasse, unweit der Post Hirschwiesen und der gleichnamigen Tramhaltestelle.⁶

Bildungspolitik auf nationaler und internationaler Ebene

In der Annahme, die Expansion der gemeinnützigen Erwachsenenbildung scheiterte auf lokaler Ebene unter anderem an der Raumfrage, propagierte die SVEB in den 1960er-Jahren unter Führung von Amberg den Neubau von polyvalenten Bildungszentren in den Gemeinden sowie als bescheidenere, häufiger schon realisierte Variante polyvalente Räume oder Anbauten an Schulhäusern. Im Frühjahr 1964 publizierte die SVEB gemeinsam mit der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission die Broschüre «Bildungszentren in den Gemeinden», welche Ergebnisse einer Umfrage bei 405 grösseren Gemeinden der Deutschschweiz zusammenfasste. Bei der Umfrage konnte sich Amberg erstmals profilieren. Der Zeitpunkt der Umfrage war sicher auf die kurz bevorstehende Expo 64 in Lausanne ausgerichtet. Diese bot für das Raumanliegen der SVEB eine weitere Plattform, und daneben Gelegenheit für eine kurze Präsentation aller Mitglieder. Der Anstoss für Ambergs Interesse für lokale Bildungszentren kam unter anderem aus der internationalen Zusammenarbeit, welche nach der Gründung der Geschäftsstelle schrittweise ausgebaut wurde. Dank den Verbindungen des VSK wurde Amberg in den 1960er-Jahren Mitglied des Europarat-Komitees für «ausserschulische Erziehung» sowie der nationalen schweizerischen UNESCO-Kommission. Schon 1963 konnte er als Vertreter der SVEB an einer vom Europarat-Komitee veranstalteten Studienreise teilnehmen, bei der in 14 westdeutschen Gemeinden Gebäude für Erwachsenenbildung besichtigt wurden. Im Mai 1967 trat die SVEB dem Europäischen Büro für Erwachsenenbildung bei, einem Zusammenschluss von Dachverbänden mit Sitz in Amersfoort (NL). Einen Monat später fand in Rüschlikon eine Tagung mit ausländischen Koryphäen der Erwachsenenbildung wie Bertrand

Schwartz und Franz Pöggeler statt. Im Sommer 1972 nahm Amberg als Mitglied der Schweizer Delegation an der Dritten Internationalen UNESCO-Konferenz über Erwachsenenbildung in Tokio teil und konnte dabei Kontakte mit anderen Verbandsvertreterinnen und -vertretern ausbauen, wobei die Basis gelegt wurde für den 1974 gegründeten Internationalen Rat für Erwachsenenbildung.

⁶ Damit konnte die als Sofortmassnahme willkommene, aber auf die Länge verbandspolitisch ungeschickte räumliche Abhängigkeit von den Klubschulen beendet werden.

Engagement für den Bildungsartikel

Auf nationaler Ebene beteiligte sich die SVEB 1972/1973 an der Kampagne für einen Bildungsartikel des Bundes, der auch einen Förderungsartikel für die allgemeine Erwachsenenbildung enthielt. Die Revision des Bildungsartikels von 1902 sah eine gesamtschweizerische Lösung für das Bildungswesen mit einer klareren Arbeitsteilung zwischen Bund und Kantonen vor. Während die Kantone weiterhin für Vor- und Volksschule verantwortlich bleiben sollten, sollten dem Bund das Mittelschulwesen, die höhere Bildung sowie die Erwachsenen- und Weiterbildung übertragen werden. Nun aber, als man mit diesem Verfassungsartikel die bildungspolitische Krönung des Aufschwungs erwartete, kam der Dämpfer: Der Bildungsartikel scheiterte im März 1973 knapp am Ständemehr. Doch dies war nur eines der Ereignisse, die die Euphorie der frühen 1970er-Jahre jählings dämpfte. Im Herbst 1973 signalisierten die Energie-Krise und ein Konjunktureinbruch das Ende des Booms der 1960er-Jahre.

Nach der Enttäuschung von 1973 wandte sich die SVEB der Verstärkung der Basis zu, im Wissen, dass bis auf weiteres nur die Kantone zur Förderung der allgemeinen Erwachsenenbildung verpflichtet werden konnten. Denn die Förderung als Kulturvermittlung auf Bundesebene war ein freiwilliges Entgegenkommen seitens Pro Helvetia. Noch im selben Monat der gescheiterten Abstimmung trafen sich die Organe sowie Mitgliedervertreterinnen und -vertreter der SVEB auf dem Gurten bei Bern zu einer Studentagung zu Fragen der weiteren Strategie. Vier Fragen standen im Zentrum: Was sollte die SVEB nun tun? Was erwarteten «die SVEB-Organisationen» von kantonalen Gesetzen zur Förderung der Erwachsenenbildung? Waren neue Strukturen der Koordination zu schaffen? Und wo sollten «die zukünftigen qualifizierten Mitarbeiter der Erwachsenenbildung» aus- und weitergebildet werden? Die Devise lautete, dass die SVEB sich künftig nicht auf einen Dialog mit Bundesstellen beschränken könne, sondern auch auf kantonaler Ebene aufzeigen müsse, was die Erwachsenenbildung für die Bevölkerung leistete. 1974 erschien als Nr. 2 der von der SVEB herausgegebenen Reihe «Schriften zur Erwachsenenbildung» eine Broschüre mit Modellgesetzen, die als Anhang eine Dokumentation der bereits existierenden Förderartikel in kantonalen Schul- oder Kulturförderungsgesetzen enthielt (Quelle: Schriften zur Erwachsenenbildung Nr. 2, 1974, vgl. QR-Code).

PR-Arbeit für die Erwachsenenbildung

Die darauffolgenden Jahre waren geprägt von einer zähen, breit angelegten und in vielen Arenen präsenten PR-Arbeit zur Verankerung eines Bewusstseins der Bedeutung der Erwachsenenbildung für die Zukunft der schweizerischen Gesellschaft.⁷ Schon vor 1973 hatten sich die SVEB respek-

7 Ab 1973 beteiligte sich die SVEB auch innerhalb der sogenannten «Vorbereitungsstufe» für eine Hochschule Aargau – die später vom Volk abgelehnt wurde – an einer Expertengruppe für die «Bildung Erwachsener».

tive ihre Mitglieder in einigen Kantonen in kantonalen Gremien der Kulturförderung betätigt, ein Engagement, das im Laufe der 1970er-Jahre weiter ausgebaut wurde. Zudem forderte die SVEB kantonale Zusammenschlüsse von Erwachsenenbildungseinrichtungen. Der Jahresbericht 1974 enthielt als Anhang eine nach Kantonen geordnete Liste von Untergliederungen von SVEB-Mitgliedern (Quelle: Jahresbericht 1974, vgl. QR-Code). Die SVEB setzte sich auch für die Konsolidierung der Erwachsenenbildung auf Gemeindeebene ein. So wurden Gemeinden, in denen die Kursanbieter mit Unterstützung der Gemeindebehörden gemeinsam einen Programmprospekt publizierten, als beispielhaft beworben. 1974/1975 wurde schliesslich eine SVEB-eigene «Adhoc-Gruppe PR-Konzept» aufgebaut. Mit Hilfe eines PR-Konzepts sollte die Präsenz der Erwachsenenbildung in der Öffentlichkeit erhöht und damit das politische Gewicht der entsprechenden Anliegen gestärkt werden. In diesem Zusammenhang wurde 1976 eine spezielle Jubiläums-DV veranstaltet, wofür der für Bildung und Kultur zuständige Bundesrat Hans Hürlimann als Festredner gewonnen wurde. Zum 25-Jahre-Jubiläum 1976 wurde zudem das Buch «Erwachsenenbildung in der Schweiz» von 1955 in einer völlig überarbeiteten Neuauflage herausgebracht. Auch die Einführung eines fünfmal jährlich erscheinenden SVEB-Bulletins ab 1975 diente der tieferen Verankerung der Bedeutung der Erwachsenenbildung im Bewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer. Ziel war es, durch bildungspolitische Meldungen und Bekanntmachung überregionaler Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende in der Schweiz eine Art «EB-Szene» zu konstituieren; ab 1977 geschah dies auch in der Westschweiz, mittels einer vom secrétariat romand redigierten Doppelseite auf Französisch. Eine wichtige Aufgabe in den 1970er-Jahren war zudem die Antwort auf die Fragen, was denn eigentlich diese «Erwachsenenbildung» war, wozu sie mehr Fördergelder brauchte und in welche Richtung sie sich entwickeln wollte. Dazu erschien 1977 ein «Konzept für die Entwicklung der Erwachsenenbildung». In neun Kapiteln führt das Konzept die Hauptziele der Erwachsenenbildung im Rahmen des Bildungswesens sowie deren gesellschaftliche Relevanz und die Voraussetzungen für ein leistungsfähiges EB-System (Pluralität, Fächervielfalt, Werbung, bauliche Einrichtungen, qualifizierte Lehrpersonen, Methodik und Didaktik, effiziente Verwaltung) aus. Auch die Aufgaben der SVEB wurden erläutert und Empfehlungen an die Kantone und die Mitgliedorganisationen abgegeben (Quelle: EP 1977, vgl. QR-Code).

Anfänge der Professionalisierung

Bei der SVEB war die Professionalisierung der Bildungsarbeit mit Erwachsenen schon früh ein Thema. Die erste Veranstaltung, die Amberg als Geschäftsleiter für die SVEB organisierte, war 1966 ein Methodik-Kurs für Kursleitende. 1969 fand erstmals ein Pilotkurs für einen vierteiligen Kursleiterlehrgang

statt. Ab 1970 wurde in der Deutschschweiz alle zwei Jahre ein vierteiliger Kurszyklus durchgeführt, der von allen Themen die meisten Anfragen an die Geschäftsstelle generierte. Die vier Blockwochen zu den Themen Didaktik, Methodik, Medien, Kommunikation wurden jeweils im Frühjahr und Herbst in einem Deutschschweizer Bildungszentrum durchgeführt. Sie fanden immer stärkeren Anklang und wurden auf fünf, schliesslich sechs Wochen ausgedehnt. Der SVEB-Kurszyklus für Kursleitende blieb bis in die 1990er Jahre stark nachgefragt und fand ab den 1980er-Jahren jährlich statt. Auch die Section romande unterhielt eine «Commission de formation», die erstmals 1968 zwei Wochenenden für Kursleiter durchführte, später dann zwei ganze Wochen.

Erwachsenenbildung als Berufsfeld

Neben der Umsetzung von Kursleiterlehrgängen begann die SVEB in den 1970er-Jahren damit, Leitlinien für die Ausbildung für «Berufe in der Erwachsenenbildung» zu entwerfen. Anfang 1972 nahm die an der DV 1971 beschlossene Arbeitsgruppe «Ausbildungskonzept» für die Mitarbeit in der Erwachsenenbildung ihre Arbeit auf. Schon an der Fachtagung 1972 konnte sie erste Ergebnisse präsentieren: die Aufteilung der zu leistenden Arbeit in leitende Funktionen, Lehrtätigkeit und administrative Funktionen sowie die Umschreibung von neun Arbeitsfeldern. Die Arbeitsgruppe blieb bis Ende 1975 an diesem Projekt. Basierend auf ihrer Arbeit erschien Anfang 1976 die Schrift «Berufe in der Erwachsenenbildung» (Quelle: Schriften zur Erwachsenenbildung Nr. 3, 1976, vgl. QR-Code). Die Broschüre blieb die umfangreichste Nummer der Reihe «Schriften zur Erwachsenenbildung»: Allein die Beschreibung der neun Berufsfelder (je mit Berufsbild, Voraussetzungen und Anforderungsprofilen bezüglich Führungs-, Lehr- und Administrationsfunktionen) umfasste 32 Seiten, weitere 25 Seiten die Aufzählung von Richtzielen, Inhalten und Methoden in sieben Ausbildungsfächern sowie eine Skizze von wünschbaren Ausbildungsgängen samt deren Zeitbedarf. Der hohe, über die bestehenden Ausbildungen hinausgehende Detaillierungsgrad erklärt sich daraus, dass die Autoren hofften, die damals geplante Hochschule Aargau mit pädagogischem Schwerpunkt würde auch Lehrgänge für Erwachsenenbildner konzipieren. Das Volksnein zu diesem kantonalen Hochschulprojekt liess diese SVEB-Schrift jedoch als utopisch erscheinen. Es gab aber auch andere Schwächen; von den neun abgegrenzten Berufsfeldern bezogen sich nur die zwei Felder «Kursleiter» und «Dozent/Referent» auf den Bedarf von EB-Organisationen aller Art. Vier weitere bezogen sich auf grosse Einrichtungen («Leiter einer Institution», «andragogischer Mitarbeiter», «Sachbearbeiter für Werbung und PR» und «Leiter des Rechnungswesens» im Sinne von tendenziell vollzeitlichen Funktionen), ein siebtes Feld bezog sich auf Institutionen mit eigenen Häusern («Leiter eines Kurs-Zentrums», verantwortlich

für die Infrastruktur) und ein achtes («Tagungsleiter») auf die vorwiegend kirchlichen Bildungszentren für mehrtägige Veranstaltungen. Der deutlich erkennbare Einfluss der Klubschulen (mehrere der definierten Funktionen gab es nur bei ihnen) hatte zur Folge, dass dieses Konzept von den meisten Mitgliedern zwar respektvoll, aber auch etwas ratlos aufgenommen wurde; als primäre Adressaten sah man ohnehin die SVEB selbst, die AEB sowie allenfalls noch die Hochschulen und die Berufsbildungsämter.

Nachdem die SVEB mit der Schrift «Berufe in der Erwachsenenbildung» inhaltlich weit in die Zukunft vorgeprescht und damit wirkungslos geblieben war, machte sie gleichsam einen Schritt zurück und konzentrierte sich nun bezüglich branchenweite Kaderausbildung auf eine Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote. So wurde Anfang 1977 die Arbeitsgruppe «Ausbildungsgänge» neu konstituiert, als Fortsetzung der Gruppe «Ausbildungskonzept». 1979 widmete sich die jährliche Fachtagung im Anschluss an die DV der «Aus- und Weiterbildung für eine ganz- oder teilzeitliche Mitarbeit in der EB»; bereits aus diesem Anlass entstand eine Sammlung von 26 Blättern, die je eine Ausbildung nach einem Raster beschrieben. 1982 wurde die Mappe «Wie kann ich in der EB mitarbeiten?» herausgegeben, welche zwei Basis-Lehrgänge (AEB und SVEB), acht Ausbildungen in der Elternbildung, fünf im Bereich Gesundheit und sechs in der Personal- und Kaderschulung präsentierte.

Arbeit als Fachverband

Ebenfalls seit den 1960er-Jahren begann die SVEB sich mit verschiedenen Veranstaltungen, Publikationen und Studien zu Weiterbildungsthemen als Fachverband zu profilieren. Ab 1967 führte sie in Verbindung mit der Delegiertenversammlung jeweils eine Fachtagung durch. Im selben Jahr wurden in einem öffentlich zugänglichen Raum in der Geschäftsstelle 600 Bücher und 60 Fachzeitschriften bereitgestellt. Ein bedeutender Teil davon war Ambergs Handbibliothek. Ein Jahr später wurde dann die nochmals erweiterte Sammlung offiziell unter der Bezeichnung «SVEB-Bibliothek» eröffnet.

Die Nullnummer der SVEB-Zeitschrift «Education Permanente» (EP) erschien erstmals 1967 und kam ab 1968 vierteljährlich heraus. Das zweisprachige Periodikum bedeutete für die Section romande einen Motivationsschub.

Der Titel bezog sich auf ein französisches Reformmodell für das gesamte Bildungswesen, das eine jederzeitige Rückkehr zu organisierter Bildung für alle implizierte (Quelle: EP 1967/1, vgl. QR-Code).⁸ Zum Publikationsprogramm der SVEB gehörte neben der EP und dem Bulletin auch der 1977 erstmals herausgegebene Bildungspass, der sich zu einem Bestseller entwickelte. Der Bildungspass ist eine Art Testattheft, in dem frei ge-

⁸ Im Jahr darauf startete die gleichnamige französische Zeitschrift, wobei ihre Gründer wohl nichts von der älteren kleinen Schwester aus der Schweiz wussten.

wählte Veranstaltungsbesuche nachgewiesen werden können. Z.T. wurde er auch von Veranstaltern abgegeben. Hinzu kam die Mappe «Methodikblätter für Gruppenleiter», deren erste Auflage von 1977 schon im Dezember desselben Jahres vergriffen war. Die Mappe ist auch auf Französisch erschienen (Quelle: Methodikblätter für Gruppenleiter, 1977, vgl. QR-Code).

Die erste, von der SVEB finanzierte empirische Studie wurde 1969 von Jacques Vontobel über Meinungen von Teilnehmenden und Veranstaltern der Erwachsenenbildung in der Schweiz abgeschlossen.⁹ 1971 wurde eine Zusammenfassung dieser Studie als erste Nummer der von der SVEB herausgegebenen Reihe «Schriften zur Erwachsenenbildung» publiziert. Der nur in kleiner Auflage von der ETH herausgegebene ausführliche Bericht wurde 1972 in der renommierten deutschen Reihe «Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung» nachgedruckt und so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Aufbau einer Weiterbildungsstatistik

Eine Empfehlung der UNESCO von 1973 betreffend Bildungsstatistik traf sich mit dem Bestreben der SVEB, ihre breite Verankerung nicht nur zu fördern, sondern auch zu zeigen. Der Bund, von der SVEB interpelliert, lehnte es 1974 aus Spargründen ab, die Erwachsenenbildung in die eidgenössische Bildungsstatistik aufzunehmen. So wurde die SVEB selbst tätig und erhob ab 1976 für den Jahresbericht eine Mitgliederstatistik, welche Teilnehmer, Kursstunden und Teilnehmerstunden sowie Mitarbeiterzahlen enthielt. So ergab sich aus der ersten regulären Statistik, für das Geschäftsjahr 1974/1975 (publiziert im Jahresbericht 1976), dass in den Einrichtungen der erfassten 22 Mitglieder rund eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz an Kursen teilgenommen hatten. Diese Zahl sollte die Bildungspolitiker beeindrucken (Quelle: Jahresbericht 1974, vgl. QR-Code). Ausdruck der öffentlichen Geltung der Erwachsenenbildung ist auch ihre Präsenz an den Hochschulen. Hier bestand ein deutlicher Unterschied zwischen den Sprachgebieten. In der Westschweiz vertrat der Lehrstuhl Erwachsenenbildung an der Universität Genf das Fach auch im internationalen Kontext. In der Deutschschweiz dagegen war die Erwachsenenbildung als Fach an Hochschulen nur indirekt und sporadisch vertreten, etwa durch gelegentliche Vorlesungen und Seminare am Lehrstuhl für Sozialpädagogik an der Universität Zürich. So kam es, dass Mitarbeitende der SVEB-Geschäftsstelle – Amberg und Rohrer (der Autor dieses Beitrags) – mehrfach für fachliche Beiträge zur Schweizer Erwachsenenbildung in länderübergreifenden Darstellungen aus dem deutschen oder englischen Sprachgebiet angefragt wurden.

⁹ Vontobel war damals Assistent am didaktischen Institut der ETH, später Dozent am IAP. Die SVEB hat die Studie mit einem Beitrag der Bundesfeuerspende finanzieren können.

den. Amberg schrieb etwa Beiträge für die International Encyclopedia of Higher Education (publiziert 1976) und für das deutsche «Handbuch der EB».¹⁰ Rohrer verfasste die sechs Seiten zum Stichwort «Schweiz» im 1978 publizierten «Handwörterbuch der Erwachsenenbildung».

Entwicklung einer «neuen» SVEB

Der Aufschwung der Erwachsenenbildung, die Erschliessung neuer Teilnehmendenkreise in den 1980er-Jahren kam anders zustande, als man dies in der SVEB erwartet hatte: durch die neuen Informationstechnologien und die Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Die aktiveren (und meist auch qualifizierteren) der bisher abstinenteren Erwachsenen besuchten Kurse, um ihre Stelle zu behalten. Die aktuellen und künftigen Chefs besuchten teure private Angebote über Führung, Betriebsökonomie usw. Die Firmen investierten in interne Schulung, um am Ball zu bleiben. Der Staat seinerseits reagierte mit dem Ausbau der Weiterbildungsfunktion der Berufsschulen und mit der Finanzierung von Kursen für Arbeitslose. In den 1980er-Jahren begann der Bund zudem, den Weiterbildungsartikel des Berufsbildungsgesetzes grosszügiger zu interpretieren: Auch Allgemeinbildung für Erwachsene galt jetzt vermehrt als berufsrelevant, zumindest an Berufsschulen. Auch in der internen Politik wichtiger SVEB-Mitglieder gab es Entwicklungsschübe. Als in den 1980er-Jahren der berufsorientierte Aufschwung der Erwachsenenbildung kam, reagierten die beiden grossen Genossenschaften mit ihren vorwiegend freizeitbezogenen Einrichtungen ganz unterschiedlich. Coop Schweiz und in der Folge die meisten Coop-Genossenschaften, liessen ihre Freizeit-Center nach und nach fallen; vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung war 1998 der Verkauf der Sprachschule St. Annahof an eine private Handelsschule. Die Migros-Klubschulen dagegen reagierten mit einem entschiedenen Ausbau der explizit berufsorientierten Kurse über die Sprach- und Freizeitkurse hinaus. Ziel war die Gleichgewichtigkeit der drei Hauptbereiche Freizeit, Sprachen und (berufliche oder berufsbezogene) Weiterbildung. In der Tat konnten die Klubschulen ihren Rang wahren, allerdings bei den beruflich orientierten Kursen nicht ganz im geplanten Ausmass. Immerhin machten sie bald über 20 Prozent der Teilnehmerstunden aus.

Integration der beruflichen Weiterbildung

Vom Boom der frühen 1980er-Jahre profitierten gerade die Trägertypen, die bei der SVEB nicht als Mitglieder vorgesehen waren: die staatlichen Berufsschulen und die privatwirtschaftlichen Institute sowie die Schulungsabteilungen der grösseren Firmen. So drohte die SVEB

zur Vertreterin von minoritären Interessen innerhalb der

¹⁰ Herausgegeben von Franz Pöggeler.

Erwachsenenbildung abzusinken. Die normative Definition der Gründer, Erwachsenenbildung sei gleich Weiterbildung in gemeinnütziger privater Trägerschaft, ging immer weniger auf. Auch die Mitgliederbeschränkung auf überkantonale Institutionen und solche mit Hauptzweck Erwachsenenbildung führte immer wieder zur Ablehnung von interessanten Beitrittskandidaten. Die Section romande, als Zusammenschluss der welschen Teile von gesamtschweizerischen Mitgliedern und der welschen sprachregionalen Mitglieder, erfuhr die drohende Minoritätsposition noch schärfer. Einerseits waren viele überkantonale Mitglieder nur in der Deutschschweiz vertreten; andererseits verzichteten nicht wenige spezifisch westschweizerische Organisationen auf eine Mitgliedschaft bei einem deutschschweizerisch dominierten Verband. Gleichzeitig waren sie aber an einer Mitarbeit in der Westschweiz interessiert. Auf Anregung der Romandie wurde 1976 gesamtschweizerisch die assoziierte Mitgliedschaft möglich, die keine der statutarischen Aufnahmebedingungen kannte und zusätzlich Einzelpersonen zuließ. Um 1980 wuchs dann die Zahl der assoziierten Mitglieder auch in der Deutschschweiz stetig, während die Zahl der allein stimmberechtigten Vollmitglieder stagnierte. Der Vertreter der Klubschulen im Vorstand der SVEB war – mit Ausnahme des ersten, Gottlieb Duttweiler – stets der Leiter der MGB-Koordinationsstelle der Klubschulen, einer didaktisch-methodischen Stabsstelle, die sich mit Marketing befasste. Ab 1983 war dies Daniel Witzig. Er merkte früh, dass bildungspolitische Grundsatzdiskussionen anstanden, und befand, dass dafür die SVEB das geeignete Forum sei. Schon an seiner ersten SVEB-Delegiertenversammlung als Klubschulvertreter beantragte er anlässlich einer Statutenrevision die Aufhebung der Ausschlussklausel gegen Berufsschulen, womit er jedoch nicht durchdrang. 1987 stellte sich Witzig dann als neuer Präsident der SVEB zur Verfügung. Seine Hauptaufgaben sah der neue Präsident vor allem in der Öffnung der SVEB-Mitgliedschaft für Anbieter der beruflichen Weiterbildung. Konkret zielte er auf eine Strukturreform im Sinne der Überwindung der eingangs dargestellten einengenden Zutrittsbedingungen.¹¹ Zudem erstrebte er die Sicherung der Bundesbeiträge in erster Linie für die SVEB selbst, aber auch für die andern gesamtschweizerischen Verbände der Erwachsenenbildung, und zwar durch Verbesserung der Rechtsgrundlage des Bundes für die Förderung der nicht beruflichen Erwachsenenbildung.¹²

11 Der Stand der Mitgliedschaft vor und nach der Delegiertenversammlung 1987 war wie folgt: die ordentlichen, mit Vertretungsrechten ausgestatteten Mitglieder vermehrten sich nur von 27 auf 28, die assoziierten Institutionen blieben zahlreicher, nämlich 38; und zudem wuchs die Zahl der assoziierten Einzelpersonen von 114 auf 118. Das heisst: es bot sich bei näherem Hinsehen das Bild eines Aufnahmestaus, indem es die meisten an der Mitarbeit in der SVEB interessierten Organisationen der EB/WB nur in den ‚Vorhof‘ der Assoziation schafften, den sie aber zum Teil auch aus Spargründen vorzogen.

12 Bisher gab es dafür nur indirekt die – nach dem Scheitern der dahin zielenden Initiative (1986) nach wie vor prekäre – Rechtsgrundlage der Kulturförderung, nämlich den allgemeinen Verfassungsauftrag zur Wohlfahrtsförderung, wobei die EB nur in ihrer Funktion als Kulturvermittlerin indirekt in die Kulturförderung einbezogen war.

Erweiterung der Mitgliederbasis

Mit der Wahl Daniel Witzigs zum neuen SVEB-Präsidenten 1987 wurde «Entwicklungsplanung» im Sinne einer umfassenden Restrukturierung der SVEB offiziell ins Arbeitsprogramm aufgenommen. Er entwickelte eine Entwicklungsplanung nach dem Modell der Anfang der 1980er-Jahre von ihm geleiteten Entwicklungsplanung der Klubschulen. Amberg und Rohrer unterstützen ihn bei der Planung und leisteten die Feinarbeit der Umsetzung von Visionen in Strukturentwürfe. Geplant war eine Erweiterung der SVEB unter breiter Beteiligung der Mitglieder. 1988 nahmen drei Arbeitsgruppen bestehend aus Mitarbeitenden beider Sprachregionen sowie aus verschiedenen Mitgliedern ihre Arbeit auf. Die Planung beinhaltete eine Auslegeordnung der in der Schweiz anzutreffenden Typen von Institutionen, die sich mit Erwachsenenbildung/Weiterbildung befassten, mit dem Ziel, alle in passenden Mitgliederkategorien zur SVEB zuzulassen. Dabei war die seinerzeit auf Vorschlag der Section romande eingeführte assoziierte Mitgliedschaft eine wertvolle Hilfe, figurierten doch fast alle bislang nicht als Vollmitglieder zugelassene Typen bereits unter den assoziierten Mitgliedern. Zudem wurden die bisherigen Aufgaben der SVEB evaluiert und Zielvorstellungen für den Quartärbereich formuliert, namentlich auch bezüglich der Beziehungen zwischen allgemeiner und beruflicher Weiterbildung. An der DV 1990 wurde der fertige Entwicklungsplan den Delegierten in Form von Ringbuchblättern vorgelegt und Ende 1990 von der SVEB unter dem Titel «Entwicklungsplan der SVEB für die 90er Jahre» publiziert (Quelle: Schriften zur Erwachsenenbildung Nr. 6, 1990, vgl. QR-Code). Die Einleitung hielt den Zweck des Entwicklungsplans fest, der darin bestand, die Mitgliedschaft «gezielt» zu erweitern, die Tätigkeit «wirksamer zu gestalten», «Verbandsstrukturen zu klären». Als Zulassungskriterium für die Mitgliedschaft sollte neu lediglich gelten, dass es sich um «Institutionen und Einzelpersonen in der Schweiz» handelte, «die sich regelmässig der Durchführung, Förderung oder Entwicklung von Erwachsenenbildung widmen». Zudem wurde der Gesamtbegriff «Erwachsenenbildung» gegenüber «Weiterbildung» weiterhin vorgezogen. Ein wichtiges Ziel der Entwicklungsplanung war zudem die stärkere strukturelle Einbindung der Section romande. Die Entwicklungsplanung war für die Romands kein aufgezwungenes Thema; im Gegenteil, sie waren sehr daran interessiert, im Übergang zu neuen Strukturen ihre Position in der Gesamt-SVEB zu verbessern. Amberg hatte seit jeher Vorbehalte gegen zu viel Einfluss vonseiten der Westschweiz gehegt, was sich unter anderem im geringen Pensum äusserte, das den Westschweizern für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt wurde.¹³ Dies sollte sich Ende der 1980er-Jahre ändern. Der

13 Das Arbeitspensum des langjährigen Leiters der Section romande, Bernard Vaney, betrug bis 1981 10%, dann 20%. Erst bei der Anstellung von Marlène Micheloni, der Nachfolgerin von Vaney, 1986 wurde das entlohnte Arbeitspensum für die Leitung des Sercétariat romand markant erhöht.

für die bisherige Section romande entscheidende Abschnitt im Entwicklungsplan war jener über die sprachregionale Arbeit: Da es keine andere sprachregionale Sektion gab, betraf er vorderhand nur sie und übernahm praktisch ihre bisherigen Strukturen als generell anzuwendendes Modell.¹⁴ Vorgesehen war, dass alle Gremien der Section romande zu Organen der Gesamt-SVEB würden, womit die sektionsspezifischen Statuten abgeschafft wurden. Die verschiedenen Elemente des Entwicklungsplans wurden von den Delegierten intensiv diskutiert, doch insgesamt positiv aufgenommen.¹⁵ An der DV 1991 wurde die Umsetzung des Entwicklungsplans in neue Statuten vollzogen. Im gleichen Jahr ging Amberg nach 25-jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer der SVEB in Pension (Quelle: EP 1991/3, vgl. QR-Code). Sein Nachfolger, André Schläfli, führte die mit dem Entwicklungsplan begonnene Öffnung der SVEB in den 1990er-Jahren fort.¹⁶ So schaffte es die SVEB, sich in den 1990er-Jahren als repräsentative Vertretung aller Typen von Trägern der Weiterbildung aller Arten zu positionieren, was in der Namensänderung von 2001 kulminierte: Aus der «Schweizerischen Vereinigung für Erwachsenenbildung» wurde der Schweizerische Verband für Weiterbildung SVEB.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines längeren, unveröffentlichten Manuskriptes von Carl Rohrer. Die vorliegende Kurzfassung wurde von Sofie Gollob in Absprache mit dem Autor erstellt.

CARL ROHRER, Germanist und Anglist, Dr., hat von 1972 bis 1996 vollzeitlich als Assistent des Geschäftsleiters der SVEB gewirkt. Er war u.a. für die Verbandszeitschrift «Education permanente» sowie die Betreuung der Präsenzbibliothek verantwortlich und fungierte als Auskunftsstelle für die zahlreichen Anfragen an die Geschäftsstelle. Kontakt: carl.rohrer@bluewin.ch

SOFIE GOLLOB, Historikerin MA, ist seit 2020 als Projektleiterin Forschung und Entwicklung beim SVEB tätig. Kontakt: sofie.gollob@alice.ch

14 Das sprachregionale SVEB-Sekretariat in der italienischen Schweiz ist erst im Jahr 2000 entstanden.

15 In dieser Diskussion kam auch die Erwartung zum Ausdruck, dass die SVEB mit ihrem Kursleiter-Angebot nicht mehr die Mitglieder konkurrenzierten sollte. Dies wurde in den kommenden Jahren von Seiten der Ausbildungsinstitutionen noch deutlicher ausgesprochen, was 1998 tatsächlich zur Auslagerung der SVEB-Kaderkurse an das Berner Seminar für EB führte.

16 Schläfli hatte wesentlichen Anteil an der praktischen Erweiterung der Mitgliedschaft, u.a. indem er den in der SVEB bis dahin schwach vertretenen Bereich der innerbetrieblichen Weiterbildung vermehrt hereinholte.



Originalquellen

Über den QR-Code oder den folgenden Link finden Sie eine Auswahl von im Beitrag erwähnten Originalquellen:
alice.ch/de/sveb/der-sveb-in-zahlen/quellen/